

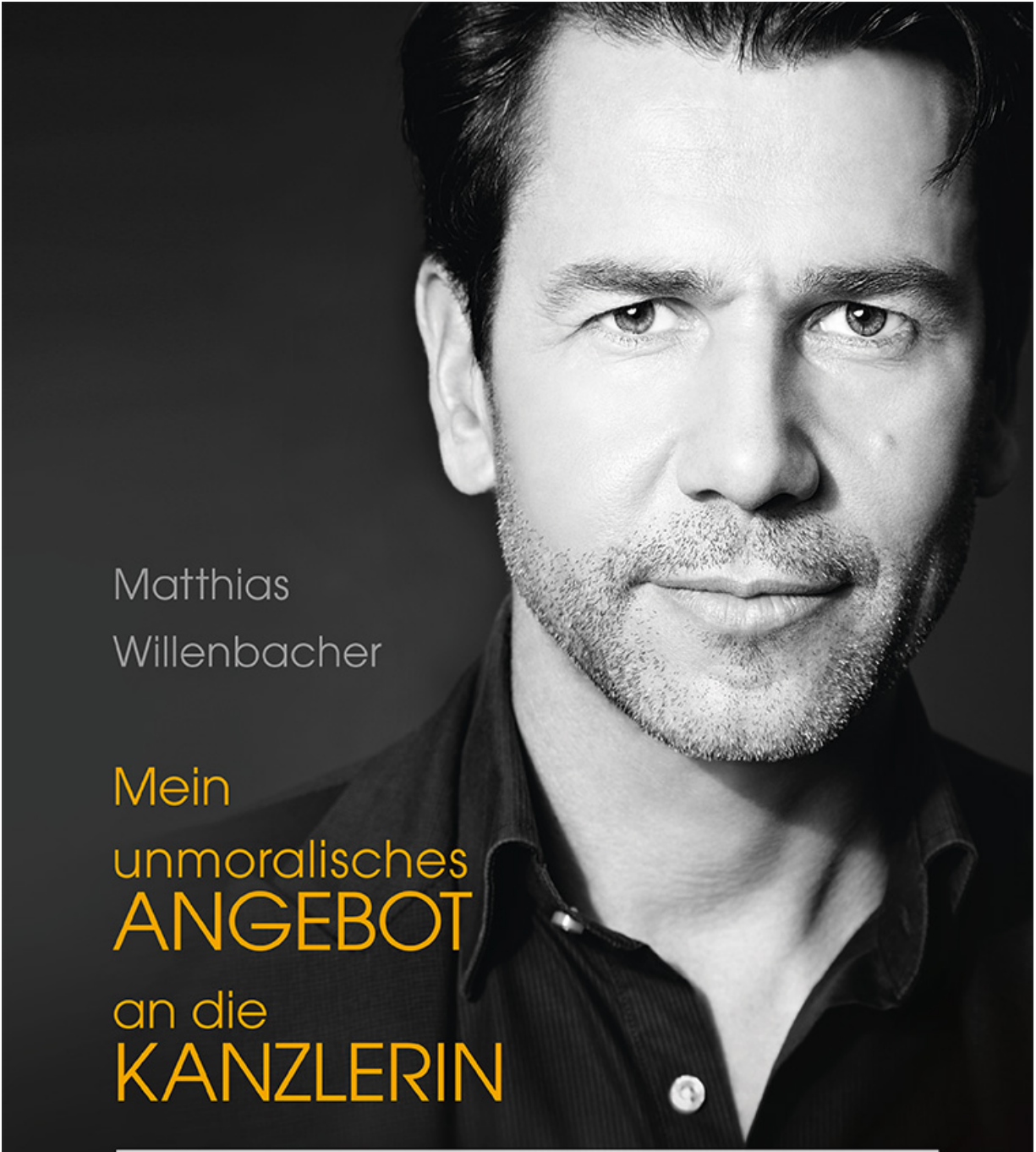
A black and white close-up portrait of Matthias Willenbacher, a man with dark hair and a light beard, looking directly at the camera with a neutral expression. He is wearing a dark, collared shirt.

Matthias
Willenbacher

Mein
unmoralisches
ANGEBOT
an die
KANZLERIN

Denn die ENERGIEWENDE darf nicht scheitern!

HERDER



Matthias
Willenbacher

Mein
unmoralisches
ANGEBOT
an die
KANZLERIN

Denn die ENERGIEWENDE darf nicht scheitern!

HERDER

Matthias
Willenbacher

Mein
unmoralisches
ANGEBOT

an die
KANZLERIN

Denn die ENERGIEWENDE darf nicht scheitern!

HERDER

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2013
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlagmotiv: Carina Jahn, Wiesbaden
(www.carina-jahn.de)

Umschlaggestaltung: Performers GmbH, Wiesbaden
Satz & Herstellung: Performers GmbH, Wiesbaden

Lektorat: Lars Jansen, Bad Berleburg
(www.lektorat-jansen.de)

ISBN (E-Book) 978-3-451-80181-5

ISBN (Buch) 978-3-451-30926-7

2., unveränderte Auflage

Das Buch im Internet:

www.mein-unmoralisches-Angebot.de

Widmung

Dieses Buch widme ich meinen Eltern. Sie haben mir die Kraft, den Willen und die Entschlossenheit gegeben, um meinen Weg gradlinig und konsequent gehen zu können. Sie haben mir die Werte vermittelt, die es mir möglich machen, mich für eine gute Sache mit voller Energie einzusetzen.

Umso trauriger macht mich der Gedanke – gerade beim Schreiben dieser Zeilen –, dass mein Vater das nicht mehr miterleben kann. Er war bis zu seinem Tode im Januar 2013 immer mit vollem Herzen dabei.

Ungleich schwerer ist das Leid für meine Mutter, denn sie hat nicht nur ihren Mann verloren. Vor vielen Jahren starben auch ihre beiden Töchter. Ich hoffe, ihr jetzt ein wenig von dem zurückgeben zu können, was sie mir Gutes gegeben hat.

Auch zwei weitere Menschen haben mich in den vergangenen Jahrzehnten unterstützt, begleitet und stehen fest an meiner Seite: mein Bruder Norbert sowie mein Partner und Freund Fred Jung. Ohne meinen Bruder hätte ich vieles nicht geschafft, und ohne das ja gäbe es das wir nicht ...

Inhalt

Widmung

Vorwort:

Mein unmoralisches Angebot

Kapitel 1:

Die Energiewende scheitert. Was tun?

Kapitel 2:

Das erste Windrad

Kapitel 3:

Der Moment der Entscheidung

Kapitel 4:

Wir Bürger als Rückgrat der Energiewende

Kapitel 5:

Die beste Entwicklungshilfe ist ein Solarpanel

Kapitel 6:

Die 100 % - Vision

Kapitel 7:

Die Neuerfindung des Autos

Kapitel 8:

Der Kampf der Systeme

Kapitel 9:

Vision für die Zukunft

Kapitel 10:

Der Masterplan

Nachwort:

Geben Sie der Weltgesellschaft eine Zukunft, Frau Bundeskanzlerin!

Epilog

Danksagung

Meinungen zur Energiewende

Vorwort: Mein unmoralisches Angebot

Ich bin ein Bauernjunge und wuchs auf einem Hof in der Nordpfalz auf. Mein großes Lebensziel war es, Faulenzer zu werden. Heute bin ich Workaholic und leite ein Milliardenunternehmen mit Niederlassungen in vielen Ländern der Erde.

Ich bin sehr dankbar, dass es so gekommen ist und ich die Lebenserfahrung machen durfte, mich vom Bauernsohn zum Unternehmenschef zu entwickeln. Aber darum geht es mir nicht. Darüber würde ich kein Buch schreiben.

Ich habe vor achtzehn Jahren auf dem Bauernhof meiner Eltern ein Windrad gebaut. Daraus ist nicht nur ein großes Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien geworden, sondern für mich auch der Sinn meines Lebens – ich möchte, so viel ich kann, dazu beitragen, dass wir von einer dreckigen, abhängigen, umweltzerstörerischen und teuren Energieerzeugung zu einer sauberen und nachhaltigen wechseln.

Ich will mit diesem Buch aber nicht missionieren, ich will mich auch nicht als Gutmensch präsentieren. Ich will erzählen, was ich als Unternehmer und Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erlebt und erfahren habe. Und ich will Informationen geben, mit deren Hilfe Menschen entscheiden können, wie sie künftig Energie produzieren wollen.

Ich persönlich bin sicher, dass der sofortige Umstieg auf 100 Prozent sauber und dezentral erzeugte Energie die beste

Lösung für uns alle ist. Viele in der Politik schütteln darüber den Kopf und sagen, das könne gar nicht funktionieren.

Ich habe so viele Sachen erlebt, bei denen es hieß, das sei unmöglich und könne nicht funktionieren. Mein erstes Windrad: Ich war Student, brauchte dafür eine Million Mark, und alle warfen mir Knüppel zwischen die Beine. Mein Unternehmen: Ich war meine eigene Putzfrau und meine eigene Telefonzentrale - und heute haben wir 1.800 Mitarbeiter. Meine Erfahrungen mit der Politik: Jahrzehntlang hat man mir erzählt, dass Wind- und Sonnenstrom ein Hirngespinnst seien und überhaupt nicht gehen könnten.

Ich habe es trotzdem gemacht, gegen viele Widerstände - und es geht eben doch. So etwas prägt. Ich bin überzeugt, dass wir bis 2020 vollständig auf Erneuerbare Energien umsteigen können und dies nachhaltig, dezentral und preiswert. Das ist nicht unmöglich, das können wir schaffen. Wenn alle mitmachen.

Aber es braucht eine, die vorangeht. Das ist unsere Kanzlerin.

Deshalb mache ich ihr ein unmoralisches Angebot.

Keine Angst, ich möchte ihr kein Geld anbieten. Aber ich bin bereit, alles herzugeben, was ich aufgebaut habe.

Konkret: Ich werde alle meine Anteile an meinem Unternehmen juwi verschenken, wenn Bundeskanzlerin Merkel die vollständige Energiewende ohne Wenn und Aber umsetzt. Jetzt und hier.

Nun kann man sagen, dass sei „unmoralisch“ - ein Scheinangebot, weil es ja nicht wirklich geschehen könne. Aber genau darum geht es mir: Es kann geschehen.

Die Kanzlerin kann sich der von ihr selbst so bezeichneten „größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ tatsächlich stellen und mit der deutschen Energiewende auch den globalen Kampf gegen die drohende, teils schon eingetretene Klimakatastrophe voranbringen. Die Bundesregierung kann alle Weichen in Richtung 100-prozentige Energiewende stellen. Der Bundestag kann beschließen, dass wir 2020 Energie ausschließlich aus sauberen und dezentralen Energiequellen gewinnen. Und der Wirtschafts- und der Umweltminister können die Umsetzung voranbringen, statt sie - wie bisher - zu bremsen.

Die sofortige und vollständige Energiewende ist für alle dauerhaft besser und kostengünstiger, wenn sie von uns Bürgern gemacht wird, und damit die Abhängigkeit von den Großkonzernen beendet. Wenn die Energieversorgung in Bürgerhand liegt, machen auch die Gewinne nicht mehr wenige Unternehmen, sondern wir alle.

Wir alle werden zu Energiebürgern. Darum geht es.

Deshalb werde ich, wenn die Kanzlerin mein Angebot annimmt, meine Unternehmensanteile an die über 500 in Deutschland existierenden Energiegenossenschaften verschenken. Denn sie sind die Basis unserer künftigen Energieversorgung. Es gibt schon so viele Energiebürger und Energiegenossenschaften, die an Wind- und Solarprojekten beteiligt sind. Wenn alle diese Energiebürger mit mir für die sofortige und vollständige Energiewende kämpfen und jeder das auch in einem Brief an Kanzlerin Merkel kundtut, dann kann mein Traum Wirklichkeit werden.

Die Energiewende scheitert. Was tun?

Die Nacht von Fukushima

In der Nacht des 12. auf den 13. März 2011 schlief ich nicht. Ich hing am Fernseher und am Smartphone. Las die Meldungen und wartete, was in Fukushima passierte. In der Folge des schwersten Erdbebens der jüngeren japanischen Geschichte und eines Tsunamis kam es dann am Samstag, 15 : 36 Uhr Ortszeit (07 : 36 Uhr MEZ), im Atomkraftwerk Fukushima-Daiichi zu einer Explosion, die mehrere Reaktorblöcke stark beschädigte. Das führte zu Kernschmelzen, in deren Folge radioaktive Strahlung austrat.

Ich spürte große Trauer. Was für ein dramatischer Schaden für die Menschen, die Natur und die japanische Gesellschaft. Und ich fragte mich: Was bedeutet das?

So groß die Trauer war, so wuchs doch in den Wochen nach dem Unglück die Hoffnung, dass die Menschheit diesmal daraus lernen und entscheidende Veränderungen einleiten würde.



Laut Werbung der Atomlobby ist ein Atomunglück nur alle 500.000 Jahre zu erwarten. Komisch nur, dass in Fukushima schon wieder ein Super – Gau passiert ist.

Gerade einmal viereinhalb Monate war es her, dass die schwarz-gelbe Merkel-Regierung den Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen und die Laufzeiten der siebzehn deutschen Atomkraftwerke verlängert hatte. Das war eine Sternstunde der deutschen Atom- und Kohlestromkonzerne gewesen. „Deutschlands dunkle Macht“, wie *stern.de* damals schrieb, hatte gezeigt, wer wirklich in unserem Land das Sagen hatte. Wer wirklich die Politik bestimmte. Und wer willfährig zu Diensten war. Speziell seit die FDP in der Regierung saß.

Doch nun standen in diesem März 2011 Landtagswahlen bei uns in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg an. Ich beobachtete in den Tagen nach der Katastrophe sehr genau, wie diese fürchterlichen Ereignisse im fernen Japan in den deutschen Medien und der deutschen Öffentlichkeit aufgenommen wurden. Es gab keine zwei Meinungen in der Gesellschaft, sondern nur noch eine: Sofort raus aus der Atomkraft! In der Union wurden sehr schnell auch die

härtesten Befürworter der Atomkraft, die stets von einem vernachlässigbaren „Restrisiko“ gesprochen hatten, zu erklärten Befürwortern des Ausstiegs. Nur der rheinland-pfälzische FDP-Politiker Rainer Brüderle, damals Wirtschaftsminister, scherte aus dem kollektiven öffentlichen Umdenken von Schwarz-Gelb aus und erklärte vor den Spitzen der deutschen Industrie – darunter den Chefs der Energiekonzerne Eon und RWE –, man habe großen Druck angesichts der Landtagswahlen und handele daher nicht immer rational, aber er sei selbstverständlich ein Befürworter der Kernenergie. Die FDP verlor die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz krachend und flog aus dem Landtag, die Grünen kamen aus der außerparlamentarischen Opposition mit 15 Prozent in die Regierung. In Baden-Württemberg wurde nach 58 Jahren die Atompartei CDU mit ihrem Ministerpräsidenten Stefan Mappus abgewählt – und die Grünen stellten mit Winfried Kretschmann zum ersten Mal in der Geschichte einen Ministerpräsidenten.

Nachdem die Bundesregierung angesichts dieses überwältigenden Bürgervotums ihre Rücknahme des Atomausstiegs wieder rückgängig gemacht und das Ende der Atomkraft bis 2022 beschlossen hatte, herrschte der Eindruck vor, die Energiewende könne nun nicht mehr aufgehalten werden.

Wie die Aufbruchsstimmung verpuffte: Analyse der politischen Entwicklung

So traurig der Anlass war: Ich spürte auch Aufbruchsstimmung. Bürgermeister, Landräte und Energiegenossenschaften nahmen die salbungsvollen Worte der Politik als klares Signal, dass sie jetzt in Erneuerbare investieren sollten und könnten – und sie taten das dann auch. Das brachte eine enorme Bewegung in die Branche,

viele Energieprojekte wurden gestartet. Ich erinnere mich, dass praktisch alle Leute zu mir dasselbe sagten. Sie sagten: „Hey, Matthias, es geht los. Jetzt beginnt die Energiewende wirklich, jetzt ist die Richtung endlich klar.“

Und heute ist überhaupt nichts klar.

Heute stellt sich die Frage: Was kann man tun, um die Energiewende noch zu retten?

Die Sache kann dramatisch scheitern oder zu einer nie dagewesenen Erfolgsgeschichte werden – je nachdem, was die Politik macht und was wir als Gesellschaft wollen. Schon am ersten Jahrestag der Katastrophe hatte Ex-Umweltminister Klaus Töpfer beklagt, dass es Politik und Verwaltung im Gegensatz zu den Bürgern an Schwung fehle. Das ist vorsichtig formuliert. Im Grunde ist es unglaublich, wie schlecht die deutsche Politik das wichtigste Projekt der Gegenwart managt.

Merkels Atomausstieg stellt faktisch nur das wieder her, was die rot-grüne Regierung im Jahr 2000 beschlossen hatte und Union und FDP nach dem Regierungswechsel 2009 per Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht hatten.

Das heißt: Einige der heute noch neun Atomkraftwerke sollen bis 2022 weiterlaufen. Dann muss der von ihnen erzeugte Strom vollständig von anderen Energieerzeugungsformen ersetzt werden. Aber der Atomausstieg ist nicht gleichbedeutend mit der Energiewende – und die Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien veränderte die Merkel-Regierung nicht. Es blieb bei der Vorgabe, ihren Anteil an der Stromerzeugung bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen. Hinzugefügt wurde lediglich das Wörtchen „mindestens“.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie ermittelte in einer Studie, dass auch 47 Prozent möglich seien. Dabei hatten Regierungspolitiker die Laufzeitverlängerung immer mit einer Studie begründet, die behauptete, der Ausbau der Erneuerbaren komme nicht schnell genug voran, weshalb Atomkraft als „Brücke“ gebraucht werde. Wenn das nicht nur ein vorgeschobener Grund gewesen sein sollte, dann hätte man jetzt sagen müssen: Ohne diese Brücke müssen wir die Erneuerbaren jetzt schneller ausbauen. Man hätte also statt 35 Prozent auch 45 Prozent bis 2020 anpeilen können.

Hat man aber nicht.

Und die Energiewende von den Fossilen zu den Erneuerbaren soll weiter bis zur Mitte dieses Jahrhunderts dauern und auch dann nicht vollständig, sondern nur zu 80 Prozent vollzogen sein. Das ist wichtig zu wissen. Daran kann man ablesen, dass es in der Merkel-Regierung jenseits der großen Worte von Anfang an keine echte Überzeugung für das Projekt gab.

Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien behaupten, sie wollten die Energiewende. Und vielleicht stimmt das bei vielen sogar, auch in der derzeitigen Regierung. Doch ihnen fehlt der Wille, die Kraft und vielleicht auch die Kompetenz, die Energiewende wirklich voranzutreiben. Das ist der entscheidende Unterschied zu den wenigen, aber mächtigen Gegnern der Energiewende: Die sind wild entschlossen, sie zu verzögern - so lange, wie es irgend wie geht. Und sie haben das Geschäft des Ablenkens, Irritierens, Verängstigens, Verhinderns und Blockierens von der Pike auf gelernt. Das muss man fachlich anerkennen.

Ich habe es seit Mitte der Neunzigerjahre selbst erfahren müssen.

Und das zeigen auch die Jahre seit Fukushima.

Die Strategien des alten Systems

Kaum war klar, dass der Atomausstieg – zumindest bis auf Weiteres – nicht mehr zu verhindern sein würde, wurden im Hintergrund die Fäden gezogen, um die Energiewende nichtsdestotrotz so lange wie möglich hinauszuzögern. Jenseits der Öffentlichkeit wurden Fakten geschaffen, damit Kohlekraftwerke in Deutschland noch bis weit über das Jahr 2050 hinaus laufen und so die Erwärmung des Planeten ungebremst befördern. Es ist ökonomisch nachvollziehbar, was die alten Großkonzerne tun. Das Problem ist, dass sie es nicht offen tun, sondern ständig hintenherum agieren und für die Rettung ihrer Milliarden Gewinne auch noch Bürgerinitiativen instrumentalisieren.

Um den Erhalt des fossilen Energieregimes der Konzerne in der Bevölkerung durchzusetzen, wird seit Jahren mit den immer gleichen Behauptungen gearbeitet:

1. Erneuerbarer Strom ist für den Verbraucher zu teuer.
2. Die deutsche Wirtschaft wird durch den Umbau abgehängt, weil sie durch den erneuerbaren Strom deutliche Nachteile im internationalen Wettbewerb hat.
3. Ohne Atomkraft und Kohle drohen Blackouts und Stromlücken.
4. Es fehlen Speicher, deshalb müssen wir noch warten, bis die Technologien so weit sind.
5. Ohne Offshore ist die Energiewende schon gar nicht zu schaffen.

Nach genau diesem Schema wurde in den Jahren seit Fukushima versucht, den Menschen so lange Angst einzujagen, bis sie irgendwann von selbst sagen: „Lassen wir lieber alles so, wie es ist.“ Das aber würde bedeuten, dass wir sehenden Auges auf Klimakatastrophen, Energiekriege sowie zusammenbrechende Wirtschaften und Gesellschaften zutaumeln – aus Angst vor sauberer Energie.

Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena), hatte die angebliche „Stromlücke“ bereits im Jahr 2009 ausgemacht. Im Sommer 2011, nach der Abschaltung von sieben Atomkraftwerken, sahen nun viele vermeintliche Experten schlimme Stromlücken und Blackouts auf uns zukommen. Es kamen aber keine. Deshalb wechselte man die Strategie und versuchte es Anfang 2012 mit einem neuen Argument: Nun hieß es, die Falle der AKW-Stilllegungen sei, dass man dadurch mehr Kohle brauche und neue Kohlekraftwerke bauen müsse, was dem Klima mehr schade als die Atomkraftwerke. Die abgeschalteten Atomkraftwerke waren aber durch den schnellen Ausbau der Erneuerbaren locker kompensiert worden. Als die Drohung mit einer „Stromlücke“ deshalb auch nicht verfiel, kam man mit dem Argument, dass ein schneller Ausbau der Erneuerbaren den Strom zu teuer mache. Das ist der Stand heute.

Die Kritik an der EEG-Umlage

„Strompreisbremse“ nannte Umweltminister Peter Altmaier (CDU) seinen Versuch, den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen zugunsten von angeblich „billigem“ Kohlestrom. Es wurde ein Etikett auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz geklebt, auf dem steht: Das ist der Preis für die Energiewende! Und seither wird diskutiert, ob Bürger und Unternehmen es sich leisten können, diese EEG-Umlage zu bezahlen. Dass die Strompreise längst nicht nur wegen des

EEG steigen, versucht die Politik zu verschleiern. Altmaiers erklärte Absicht, die EEG-Umlage zu deckeln oder festzuschreiben, kann gar nicht gelingen. Die Preise für die Abnahme von Ökostrom sind zwar gesetzlich geregelt, der Börsenpreis aber nicht. Sinkt der Börsenpreis, steigt automatisch die EEG-Umlage. Da aber der Ökostrom zum gleichen Preis wie vorher geliefert wird, müsste der Endverbraucherpreis eigentlich auch fallen.

Das tut er aber nicht. Und genau da liegt der Fehler. Die Konzerne geben die Einsparung nicht weiter – sie verdienen daran. Und der normale Haushaltskunde subventioniert die vier großen Stromkonzerne und die mehr oder minder energieintensive Industrie. Die EEG-Umlage ergibt sich dabei aus einem festen Einspeisetarif und dem aktuellen Börsenpreis. Der Einspeisetarif ist der Preis, bei dem man annimmt, dass es sich für einen Betreiber wirtschaftlich noch rechnet. Davon wird der Börsenpreis abgezogen.

Ich stelle in diesem Buch die Frage: Ist das überhaupt das richtige Preisschild? Und selbst wenn dem so wäre: Darf man davon den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien abhängig machen?

Wenn man sich diese Mehrkosten genau betrachtet, stellt sich zudem eine weitere Frage: Wie relevant sind sie überhaupt für die Bürger und ihren Lebensstandard? Konkret: Wenn eine Familie 4.000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbraucht, kostet das etwa 1.000 Euro. Für Heizen und Autofahren gibt so ein Durchschnittshaushalt je das Doppelte aus. Die Familie wendet also insgesamt 5.000 Euro für Strom, Wärme und Mobilität auf. Die EEG-Umlage macht davon etwa 200 Euro aus – das sind gerade einmal 4 Prozent und entspricht zweimal Volltanken.

Wenn man es also ökonomisch betrachtet, kann das nicht das entscheidende Problem sein. Ich werde daher der Frage nachgehen, warum so ausführlich und emotional über den Strompreis diskutiert wird, wenn die wahre Frage doch ist, was man von den anderen 4.800 Euro einsparen könnte, denn das ist der viel größere Hebel. Selbstverständlich gibt es Familien, denen 50 Euro Mehrkosten sehr weh tun. Aber auch die haben ein ungleich größeres Problem mit einem steigenden Öl- oder Gaspreis.

Die FDP und der Hartz-IV-Empfänger

Es ist interessant, dass die Klientelpartei FDP gerade in der Frage des Strompreises verbal den Hartz-IV-Empfänger entdeckt hat, der ja nicht unbedingt zur klassischen Wählerschaft dieser Partei gehört - im Gegensatz zur energieintensiven Industrie, für die man faktisch etwas getan hat, ohne viel darüber zu sprechen: Man hat in der laufenden Legislaturperiode viele weitere Firmen von der EEG-Umlage ausgenommen. Das hat entscheidend dazu geführt, dass die Kosten für die Bürger gestiegen sind.

Die Ausnahmen waren ursprünglich nur für Unternehmen gedacht, die im internationalen Wettbewerb stehen. Warum dann auch der Deutsche Wetterdienst und die Braunkohleförderung von der Umlage befreit sind? Die riesigen elektrischen Braunkohlebagger haben einen Stromverbrauch einer Kleinstadt und müssen keine Umlage bezahlen, was dreifach problematisch ist - weil sie erstens Landschaft und Klima zerstören, zweitens dann auch noch von den Entwicklungskosten sauberer Energie befreit werden und drittens damit keinen Grund haben, durch Energieeffizienzmaßnahmen Strom einzusparen.

Warum diese Industrie subventioniert werden soll, erschließt sich mir nicht. Schon gar nicht verstehe ich, warum das der

Hartz- IV-Empfänger übernehmen muss, um den man sich doch angeblich so sorgt.

Warum bringt die FDP die Energiewende so gar nicht voran? Zum einen macht sie ein Angebot für die Wähler, denen die Energiewende komplett gegen den Strich geht. Zum anderen: Das wirkliche Problem im Energiesektor und bei den Haushaltskosten der Bürger ist ja der steigende Ölpreis, der Heizen und Autofahren verteuert und auch für Strompreiserhöhungen der vergangenen Jahre verantwortlich war. Das aber kann die FDP nicht verhindern, denn das ist der Markt. Eine staatliche Rahmenpolitik dagegen kann sie brandmarken. Also wettet sie gegen „energiepolitische Planwirtschaft“. Und macht sich damit zum Sprachrohr der alten Energiekonzerne.

Warum gelten Kohlekraftwerke als wirtschaftlich?

Warum sind die Kohlekraftwerke der Energiekonzerne derzeit „wirtschaftlich“? Weil ihre Lobbyisten in Brüssel verhindert haben, dass der Handel mit CO₂-Zertifikaten tatsächlich funktioniert, und deshalb die enormen Schäden der Kohlestromproduktion immer noch nicht eingepreist sind. Das wiederum verhindert, dass für die Energiewende unabdingbare flexible Gaskraftwerke auf den Markt kommen können, weil sie dann zu teuer sind. Auch die sogenannte „Strompreisbremse“ ist nichts anderes als der Versuch, Bürgerenergie zugunsten der Konzerne auszubremsen. Altmaier hofft, damit im Wahlkampf zu punkten, aber letztlich befördert er so die Bedürfnisse der Großkonzerne und nicht die Energiewende. Das sind gegenteilige Interessen.

Die Erneuerbaren auszubremsen ist so, als hätte man nach der Erfindung des Computers gesagt, dass man in einer Phase des Übergangs noch mit Schreibmaschinen

weitermache, bevor man dann vollständig auf Computer umstellen könne. Oder dass man noch 30 Jahre mit Rauchzeichen kommunizieren müsse, bevor man vollständig auf das Telefon umsteigen könne. Oder dann in den Neunzigern vom stationären Telefon auf das Handy.

Das Telefonieren mit Mobiltelefonen ist innerhalb weniger Jahre deutlich billiger geworden - und gleichzeitig hat sich die Technologie enorm verbessert. Das Gleiche wird auch bei den Erneuerbaren Energien geschehen. Es ist ja zu einem großen Teil bereits geschehen. Doch davon spricht kaum jemand. Hier kann man als Beispiel die Photovoltaik nennen, mit der man eine große technische Entwicklung vollzog und bemerkenswerte Kostenreduzierungen erreichte. Und dann die schwarz-gelbe Regierung im Jahre 2011 und insbesondere im Jahre 2012 die Einspeisevergütung drastisch reduzierte, das Image der Branche ruinierte und damit de facto den Weltmarkt aufgab.

Woher kommt die Begeisterung für Windkraft auf See?

Es gibt allerdings einen Bereich, in dem sich auch die üblichen Blockierer für den Ausbau regenerativer Energien aussprechen. Das ist der Bereich Offshore-Wind. Statt Erneuerbare dezentral und schnell dort auszubauen, wo der Strom gebraucht wird, sollen riesige, investitionsintensive Offshore-Windparks im Norden, weit weg vom Verbraucher, den Strom für die Industrie im Süden produzieren. Dieser soll über Hochspannungsleitungen, die erst noch mit hohem Zeit- und Kostenaufwand gebaut werden müssen, durch das ganze Land transportiert werden. Das Ergebnis: Die Energiewende wird deutlich verzögert. Und teurer als nötig.

Als man anfing, Offshore-Parks zu planen, ging man davon aus, dass es nicht genügend Onshore-Wind geben werde und dass Strom aus Seewind günstig sei. Das ist längst